

**Deutsch-polnische Ges. für seelische Gesundheit
e.V.
Herren
Dr. Elmar Spancken
Karl-Peter Röhl
c/o Rhein. Kliniken
Bahnstraße 6
47551 Bedburg-Hau**

Die Ministerin

**Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam**

**Hausruf: (0331) 866 - 5000
Fax: (0331) 866 - 5009
Internet:
www.masgf.brandenburg.de**

**Tram: 91, 92, 93, 96, X98, 99
Haltestelle Kunersdorfer Straße
PKW: Einfahrt Horstweg**

Potsdam, den . September 2008

**Grußwort zum XIX. Deutsch-polnischen Symposium „Alt werden und sterben, wo ich zu Hause bin – In Polen und in Deutschland“;
26. – 28. September 2008 in Erkner**

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe polnische Gäste,**

namens der brandenburgischen Landesregierung und besonders im Namen des Ministerpräsidenten, Matthias Platzeck, grüße ich Sie herzlich zu Ihrem XIX. Symposium. Ich freue mich sehr, dass Sie nach 14 Jahren – 1994 in Wulkow - wieder eine Tagung im Brandenburgischen veranstalten und hier mit renommierten Fachleuten aus Deutschland und Polen das Anliegen, Ziele und Richtung einer menschenwürdigen Psychiatrie thematisieren. Herzlich willkommen also im Land Brandenburg. Ich wünsche Ihnen einen interessanten Erfahrungsaustausch und hoffe, Sie nutzen auch die Gelegenheit, sich im Brandenburgischen etwas genauer umzusehen.

Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Ihre Gesellschaft sich seit fast zwei Jahrzehnten engagiert, konsequent und kritisch der seelischen Gesundheit widmet, Kontakte zwischen Krankenhäusern und anderen Institutionen unserer Länder knüpft und Partnerschaften aufbaut. Durch den fachlichen und persönlichen Austausch leistet Ihre Gesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der durch die nationalsozialistischen Verbrechen – insbesondere auch an psychisch kranken Menschen in ganz Europa – belasteten deutsch-polnischen Geschichte. Ihre Treffen und Symposien schließen neben dem fachlichen Austausch stets den Dialog über gegenseitige Vorurteile und Tabubereiche ein.

Auch aus diesen schrecklichen Erfahrungen heraus haben wir das gemeinsame Leitbild einer menschenwürdigen Psychiatrie. Einer Psychiatrie, die die Würde und Persönlichkeit des kranken Menschen achtet und ihm ein eigenständiges, selbst bestimmtes Leben ermöglicht. Ich kann sagen, Brandenburg hat sich auf den Weg dahin gemacht und ist auch schon ein großes Stück dieses Weges gegangen. Wir haben an die Stelle von Ausgrenzung, Isolation, Wegsperrern und all dieser Stigmata einer über Jahrhunderte geprägten Psychiatrie ein humanes und sozial orientiertes Psychiatrieverständnis gesetzt.

Dieses tief greifende Verändern war in vielerlei Hinsicht eine großartige, aber auch eine sehr komplizierte Aufgabe. Die Entflechtung der vorhandenen „Großeinrichtungen“ war eine große Herausforderung – in therapeutischer, baulicher, organisatorischer, versorgungstechnischer Hinsicht. Psychisch kranke Menschen sollten nicht mehr „verwahrt“, sondern in die sozialen Strukturen der Gesellschaft integriert werden. Sie sollten zurückgeholt werden in die Gesellschaft, die sie zuvor ausgestoßen und isoliert hatte. Ein notwendiger, ein unumgänglicher Prozess, denn nur so wird Selbstbestimmung möglich.

Natürlich war dieser umfassende Paradigmenwechsel nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen. Es dauerte, die Befürchtungen, Vorbehalte, Ängste abzubauen. Der Wechsel von der bewahrenden hin zur rehabilitativen Psychiatrie brauchte und braucht weiterhin seine Zeit. Um dieses Ziel zu verwirklichen, mussten wir insbesondere eines tun: Die stationären Hilfen und „Aufbewahrungsmechanismen“ zugunsten von bedarfsgerechten ambulanten und komplementären Hilfsangeboten entflechten.

Mit anderen Worten: Wir mussten hin zu den Strukturen einer gemeindenahe Psychiatrie. Es ist ein lohnenswertes Vorhaben, solche Strukturen weiter zu qualifizieren. Denn psychisch kranke oder seelisch behinderte Menschen brauchen vor allem ein ruhiges, entspanntes, bedarfsgerecht betreutes Leben in einem vertrauten Umfeld. Je überschaubarer und vor allem durchschaubarer diese Welt für sie ist, desto größer sind ihre Chancen auf ein zufriedenes Leben. Desto größer auch die Hoffnung auf einen allmählichen positiven Wandel, auf die Förderung der gesunden Kräfte ohne Überforderung. Dabei lassen sich gemeindenahe Strukturen nicht schlechthin „verordnen“. Sie brauchen den Willen und die Begeisterung aller Beteiligten. Sie brauchen eine „konzertierte Aktion“ aller, die auf diesem Feld Verantwortung tragen.

Das ist in den letzten Jahren konsequent geschehen. Die brandenburgische Psychiatrie-Landschaft hat sich grundlegend gewandelt. Es gibt in Brandenburg schon lange keine „Großeinrichtungen“ mehr, die Kinder und Jugendliche, Alte und Junge, Männer und Frauen unabhängig ihrer psychischen Erkrankung unterbringen und versorgen. Sie wurden dezentralisiert

und regionalisiert, und in den Allgemeinkrankenhäusern entstanden psychiatrische Abteilungen.

Damit einher ging der Aufbau ambulanter Strukturen zur medizinischen und therapeutischen Betreuung. Längst gibt es landesweit ein breites Angebot ambulanter und Sozialpsychiatrischer Dienste, mit deren Hilfe psychisch kranke Menschen unmittelbar in ihrem Lebensumfeld erfolgreich versorgt und therapiert werden. Es gibt Einrichtungen für die Tagesbetreuung und Werkstätten für die Arbeitstherapie. Gewachsen sind ebenfalls die Möglichkeiten des betreuten Wohnens – eine wesentliche Voraussetzung, um Intimsphäre und damit mehr Selbstbestimmung zu gewährleisten. Darüber hinaus haben sich landesweit zahlreiche Selbsthilfegruppen etabliert, die mit ihrem Engagement betroffene Menschen und ihre Angehörigen selbstlos unterstützen.

Natürlich sind wir noch nicht am Ende des Weges. Vieles funktioniert schon, anderes braucht noch Zeit. Gerade in einem Flächenland wie Brandenburg bleibt es eine permanente Herausforderung, ein für alle gleichermaßen hohes Versorgungsniveau zu gewährleisten. So gilt es zum Beispiel, die ambulanten Strukturen weiter auszubauen und stärker miteinander zu vernetzen. Denn mit den demografischen Entwicklungen wächst die Zahl der alten, multimorbiden und dementen Menschen. Für sie brauchen wir zunehmend adäquate Strukturen der Betreuung und Pflege. Ebenso wissen wir, dass der Anteil jener Menschen wächst, die aufgrund vielfacher Belastungen überdurchschnittlich zu Alkohol oder Psychopharmaka greifen.

Diese neuen gesellschaftlichen und demografischen Entwicklungen fordern auch unsere grenzüberschreitende Partnerschaft in neuer Weise und es entstehen Aufgaben, die uns gemeinsam fordern. Wir sind dabei, die aus diesen Entwicklungen resultierenden Herausforderungen beherrschbarer zu machen. So haben wir Gesetze novelliert, um z.B. ambulante Strukturen festigen und die Selbsthilfe weiter fördern zu können. Wir wollen mit einer veränderten Heimgesetzgebung den Pflegeheimen größeren Spielraum für eine intensivere, und noch mehr auf die Bedürfnisse der Heimbewohner orientierte Pflege geben. Wir haben uns Leitlinien für eine auf die neuen Bedürfnisse gerichtete Seniorenpolitik mit entsprechenden Handlungsstrategien geschaffen.

Ein ganz praktisches Beispiel für unser aktuelles Reagieren ist die „Brandenburger Pflegeinitiative – Später beginnt jetzt!“. Die in diesem Projekt vereinten Partner haben ein Ziel: Sie wollen die Lebenssituation hilfe- und pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen verbessern. Wir verfahren in der Pflegepolitik nach dem Grundsatz „Ambulant vor stationär“. Denn die Menschen wollen so lange wie möglich in der eigenen Häuslichkeit bleiben; auch bei Pflegebedürftigkeit. Das ist derzeit bei rund drei Vier-

teln der ca. 70.000 pflegebedürftigen Menschen Brandenburgs so; lediglich 17.000 von ihnen werden stationär versorgt. Diesen Anteil wollen wir halten und die häusliche Betreuung auf Dauer und in guter Qualität gewährleisten. Daher gilt es, das Beratungs- und Hilfenetz weiter zu qualifizieren und zu vernetzen.

Deutschland und Polen, Brandenburg und die benachbarten polnischen Wojewodschaften stehen in gemeinsamer Verantwortung für die Schwachen und Benachteiligten unserer Gesellschaften. Und wir stehen in gemeinsamer Verantwortung und haben den Willen, die durch die Geschichte so belastete Nachbarschaft unserer Völker nachhaltig in einem guten Sinne zu gestalten und zu leben. Die Deutsch-polnische Gesellschaft für seelische Gesundheit hat hier in einem tiefen Sinne eine Grenzen überwindende Arbeit geleistet. Uns eint der Wunsch, lebensfroh und leistungsfähig eine gute Nachbarschaft in einem geeinten Europa zu pflegen. Dafür ist die seelische Gesundheit eine ganz wesentliche Voraussetzung – ja, die Basis für jede Entwicklung überhaupt. Lassen Sie uns also auch weiterhin gemeinsam die freiheitliche Entwicklung für jedes Mitglied der Gesellschaft in die richtige, in die humane Richtung lenken. Lassen Sie uns gemeinsam daran wirken, dass unsere Gesellschaften fähig bleiben und weiter befähigt werden, jedem Menschen – auch in seinem „Anderssein“ und seinen eingeschränkten Fähigkeiten – eine Lebensperspektive zu geben. In diesem Sinne wünsche ich Ihrem XIX. Symposium eine fruchtbare Aussprache und viel Erfolg!

Mit den besten Grüßen und Wünschen

Dagmar Ziegler
Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
des Landes Brandenburg